

### Ernährungsminister Prinz Windisch-Gracch über das gemeinsame Ernährungsgebiet.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 17. Mai.

Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Gracch äußerte sich einem Mitarbeiter des Blattes „Az Est“ gegenüber über das geplante gemeinsame Ernährungsgebiet: Nicht davon ist die Rede, daß wir ein gemeinsames Ernährungsgebiet schaffen, sondern nur davon, wie wir den Ueberschuß unserer Kornfrüchte unseren Verbündeten, in erster Reihe natürlich Oesterreich und eventuell auch Deutschland zur Verfügung stellen. Gegenwärtig finden hierüber in Berlin Sachverhandlungen statt, an welchen ich infolge meiner anderweitigen Inanspruchnahme nicht teilnehmen kann. Mein Vertreter aber befindet sich dort. Nächste Woche werden wir die Beratungen in Budapest fortsetzen. Aus diesem Anlasse wird der Präsident des österreichischen, beziehungsweise des deutschen Reichsernährungsamtes hieher kommen, und dann werden wir die Details endgültig festsetzen.

Der Zweck ist festzustellen, über welche Ueberschüsse wir verfügen und was wir zur Verfügung stellen können. Ferner werden wir besprechen, wie die Verwertung der Ueberschüsse, ihre Kompensierung, beziehungsweise der Austausch erfolgen soll. In der Vergangenheit haben wir traurigerweise die Nachteile davon erfahren müssen, daß wir keinen für das ganze Jahr aufgestellten Wirtschaftsplans besaßen. Deshalb haben wir nur immer in kleinen Partien unseren Verbündeten Kornfrüchte und andere Lebensmittel liefern können, und die Folge davon war, daß wir keine genug vorteilhaften Tauschverträge abschließen konnten, ja daß wir sogar im Gegenteil bei solchen Tauschabmachungen manchmal in Nachteil geraten sind. Wenn wir nun im vorhinein feststellen können, wie groß die Quantitäten sein werden, die wir unseren Verbündeten überlassen können, wenn ich mich mit einer großen Menge in meinen Händen am Verhandlungstische niederlassen kann, dann kann ich auch mit größerer Kraft auftreten, indem ich für die Getreideüberschüsse einen Gegenwert, in erster Reihe Industrieartikel, verlange. Wenn man daher in Wien oder Berlin von einem gemeinsamen Ernährungsgebiete spricht, kann man das nur in dem Sinne verstehen, daß wir vereinbaren, wie wir die nach der Befriedigung des Bedarfes des Landes verbleibenden Ueberschüsse verteilen und was wir dafür bekommen.

Im übrigen haben die mit Rußland und Rumänien abgeschlossenen Wirtschaftsverträge neue Abmachungen notwendig gemacht. Man muß auf die neue Preisgestaltung, auf die Aenderung der Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten, auf die Verteilung der von dort zu beschaffenden Mengen Rücksicht nehmen. All das erheischt einheitliche Abmachungen. Seit meinem Amtsantritt war es immer meine Auffassung, daß es unsere Pflicht ist, unseren Verbündeten zu helfen, daß wir aber das Recht haben, für unsere Ueberschüsse entsprechende industrielle Kompensationen zu fordern. Jetzt, wo wir auf Ersuchen unserer Verbündeten schon im vorhinein Abmachungen treffen, was und wie viel wir geben werden, werden wir die Möglichkeit haben, unsere Forderungen bezüglich der industriellen Kompensationen Oesterreich und Deutschland gegenüber mit größerer Kraft zur Geltung zu bringen, ja, wir werden die

Möglichkeit und die Kraft haben, im Tauschwege für die von uns geleisteten großen Dienste nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem, beziehungsweise außenpolitischem Gebiete die wirksamere Geltung unserer berechtigten Interessen zu fordern.

Ich bedauere, daß diese Politik nicht schon früher zur Geltung gelangt ist, und wenn die Kriegswirtschaft nun einmal schon die Erfüllung mehrerer Forderungen des Staatssozialismus nach sich gezogen hat, weshalb hatten wir nicht den Mut, die letzten Konsequenzen daraus abzuleiten und das zu tun, was im Gegensatz zu den anderen kriegsführenden Staaten die Regierung der Vereinigten Staaten nach der Proklamierung des Kriegszustandes sofort getan hat, nämlich unsere Hand auf die gesamte Produktion zu legen und nach einem einheitlichen Plane die Produktion und den Konsum in gleicher Weise zu regeln. Uebrigens werde ich Gelegenheit haben, hierüber die Öffentlichkeit in der Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses ausführlicher zu informieren, und ich hoffe, daß meine Erklärungen nach jeder Richtung allgemeine Beruhigung wecken werden.